



www.nabis.de

Natur, Bildung und Soziales,
Bürger informieren Bürger e.V.

.....Oktober 2006

Nabis e.V. Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln

Nabis Rundbrief, Herbst 2006

Liebe Leute!

Hier findet ihre Berichte über folgende Themen:

- 1.) Die AWO geht aus dem AWO-Häuschen raus. Was will Nabis? Eine Überlegung von Ottmar Lattorf..... S.1
- 2.) AWO – Häuschen wird frei! Stadt Köln sucht neuen Pächter! Hier der Beschluß, vorgelegt von den Grünen in Rodenkirchen.....S.4
- 3.) Der Wortlaut des Artikels aus dem Kölner Stadtanzeiger über das AWO-Häuschens (CDU-Position).....S.5
- 4.) Der Vertrag der Stadt Köln mit Esch-Oppenheim wegen der neuen Messe-Halle war rechtswidrig!.....S. 8
- 5.) US Militär bereiten sich auf völkerrechtswidrigen Angriff auf den Iran vor: Die Massen Medien in Deutschland berichten nur ungenügend.....S.9
- 6.) Öko-Neuigkeiten.....
- 7.) Die Bahn soll an die Börse; 130 Milliarden Bahn sollen für 8 Milliarden verkauft werden

Die AWO geht aus dem AWO-Häuschen raus. Die Bezirksvertretung will offenen Bürgertreff etablieren. Die Stadt sucht einen neuen Pächter! Was will, was kann Nabis?

Bei all unserem Tun im Hinblick auf die Erhaltung der Raderberger Brache oder unserem Wirken gegen die Naturzerstörung hat sich immer gezeigt, daß es sehr nützlich ist, daß die Aktiven sich treffen können und das Neue, interessierte Personen leicht zu unseren Treffen hinzukommen können. Die Mitglieder unseres Vereins konnten sich knapp ein Jahr lang im sogenannten AWO-Häuschen in der Kierberger Str.2 in der Nähe der Raderberger Brache treffen, bis die Arbeiterwohlfahrt uns unter

Vorwänden aus dem Häuschen rausschmiss. Das war im Januar 2005. Seit der Zeit haben wir uns provisorisch beholfen. Wir konnten zwar noch zwei Feste, botanische Rundgänge, Informationsveranstaltungen und Picknicks veranstalten, aber wir hatten kein Domizil mehr. Wir trafen uns in unterschiedlichen privaten Küchen und waren so für Neue Leute oder Neugierige unerreichbar, weil wir natürlich in den Wohnungen der einzelnen Mitglieder keine öffentlichen Veranstaltungen abhalten konnten.

Nun besteht die reelle Chance, nicht nur unseren Anliegen, dem Naturschutz einen großen Schub nach vorne zu versetzen, sondern darüber hinaus noch einen Ort mit zu gestalten, der zugänglich ist für alle Initiativen, Vereine und Nachbarn, die sich hier in den angrenzenden Stadtteilen Raderberg, Zollstock, Südstadt engagieren wollen.

Nachdem nicht nur wir (Verein Nabis) von der Raumnot betroffen waren und wir immer wieder, besonders im vergangenen Frühsommer mit Flugblättern und Aktionen für die Einrichtung eines Gemeindehauses im frei - werdenden AWO-Häuschen argumentierten, griffen die Grünen in der Bezirksvertretung Rodenkirchen die Idee auf, formulierten einen entsprechenden Antrag in der Bezirksvertretung Rodenkirchen (BV2) und siehe da: am 04. September 2006 wurde in der BV2 dem Antrag, mit den Stimmen der SPD, FDP, KBB und der Grünen, (allerdings gegen die Stimmen der CDU) zugestimmt! Es heißt in der Beschließung nun wörtlich:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, das in Kürze von der AWO entmietete Häuschen in der Kierberger Straße auch künftig als einen Ort für möglichst vielfältiges bürgerschaftliches Engagement zu erhalten.

Die Verwaltung wird gebeten, mit interessierten Bürgervereinen und -gruppen als potentielle künftige Nutzer in Verbindung zu treten, mit ihnen ein Konzept (bevorzugt: öffentliche Begegnungsstätte) zu entwickeln und dieses der BV2 vorzulegen.
Begründung:

.....Das Gebäude selbst ist ein Glücksfall, vor allem für Raderberg und Zollstock, und könnte die für Vereine, BI's und Kulturschaffende extrem schlechte Raumsituation erheblich verbessern.“
Genau das könnte es sein!

Von Seiten des Liegenschaftsamtes (Frau Krey), die den Pachtvertrag abschließen, heißt es nun, müsse sich erst einmal ein

Gremium bilden - zusammen mit Vertretern des Bezirksvertretung Rodenkirchen - das die Kriterien erstellt für die Vergabe der Pacht an einen ortsansässigen Verein.

**Wie sehen die Chancen für Nabis aus, das Häuschen zu mieten?
Beziehungsweise: Wollen wir das überhaupt?**

Die Mitglieder, die regelmäßig zu den Vereinstreffen kommen, sind mehrheitlich der Meinung, es wäre erstrebenswert, wenn wir das Häuschen pachten könnten.

Es tauchen jedoch gleich mehrere Fragen auf:

1.) Was sagen die anderen Mitglieder, was sagt der ganze Verein?

Völlig klar ist, daß wir hierzu eine Mitgliederversammlung einberufen müssen. Dies sei bitte schon als eine Einladung an alle Mitglieder verstanden. Ort und Zeit ist noch nicht klar und wird noch bekanntgegeben.

2.) Würden wir –Nabis- eine Chance haben, daß Häuschen zu mieten?

Wahrscheinlich nicht!

Die Verwaltung hat ein gewisses Eigenleben und ist nicht wirklich neutral, sondern auch partei-politisch (an CDU/SPD/Grüne) orientiert, auch wenn es so nicht sein sollte.

In der BV Rodenkirchen haben wir zwar mit den Grünen Sympathisanten, aber mit der SPD wahrscheinlich keine Freunde und mit der CDU eher Gegner. Für die bürgerlichen Parteien, sind wir -Verein Nabis-, insbesondere der Verfasser dieser Zeilen, Links- radikal wilde Öko- Spinner. Die Aktion im Frühjahr 2004 zur Verhinderung des Ausbaus des Bischofsweg durch die Brache hat uns stadtweit, bei Verwaltung und Politik, bekannt gemacht. Egal, welche politische Meinung der Einzelne bei Nabis hat, wir sind für die Verwaltung und die

normalen politischen Parteien zu sperrig. Die mögen sich selber für Demokraten halten, aber eine vom Mainstream abweichende Meinung und **Haltung**, wie wir sie ausgedrückt haben, als wir die Bäume an der Raderberger Brache verteidigt haben, ist für die bürgerlichen Parteien „undemokratisch“, unakzeptabel und angsteinflößend. Uns als Nabis (und insbesondere mir, als Ottmar Lattorf,) wird unterstellt, wir wären nicht in der Lage das AWO-Häuschen als „einen Ort für **möglichst vielfältiges bürgerschaftliches Engagement** zu erhalten. Obwohl ich persönlich genau das immer fördern würde!! Das ist zwar eine sehr oberflächliche Wahrnehmung der bürgerlichen Parteien und schade, aber auch nicht katastrophal. Denn:

3.) Selbst, wenn wir als Verein, daß Häuschen mieten wollten, könnten wir das wirtschaftlich überhaupt stemmen?

Das Häuschen kostete der AWO als gemeinnützigen Verein, 160 Euro Pacht pro Monat (Aussage vom Liegenschaftsamt) plus Nebenkosten (ca. bis zu 800 Euro pro Jahr, dies ist eine unbestätigte Zahl, dies hatte ich seinerzeit von der Heimleiterin gehört). Das ist zwar nicht wirklich viel aber für unseren Verein momentan zu viel.

Daher kam die Idee eines eigenständigen **Träger-Vereins** für das Projekt zu gründen, in dem dann die Nabis –Mitglieder die Interesse an das Häuschen haben auch Mitglied werden können. Das würde die Ressentiments der Verwaltung und der bürgerlichen Parteien gegen Nabis ausschalten und man könnte die Finanzierung und den Betrieb auf eine größere soziale Basis stellen. Das wäre auch im Sinne des Beschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 04.09.2006, die sich ja ausdrücklich „einen Ort für möglichst vielfältiges

bürgerschaftliches Engagement“ gewünscht haben.

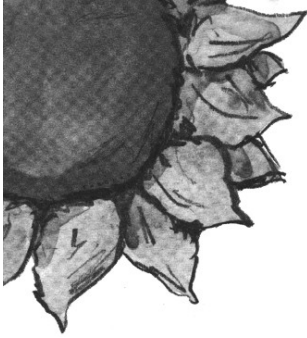
In diesem Zusammenhang haben wir, die Aktivisten von Nabis folgenden Plan überlegt:

A) Es soll mit anderen Initiativen, (z.B. den Grünen, den Jusos, der Talentskulptur, der Patienten-initiative Amalgam-geschädigter, der Vater und Kind Gruppe) und einigen prominenten Personen und vielen konkret Interessierten und Nachbarn ein **Träger / Förder-Verein gegründet werden**, der nur die Aufgabe hat, das ehemalige AWO-Häuschen für die unterschiedlichen Initiativen offen zu halten, bzw. das AWO – Häuschen zu bewirtschaften.

B.) Hierzu soll die Kölner links-alternative, bürgerliche Szene, die erkennen kann, wie wichtig ein solch offener Platz, ein offenes Haus für die soziale und politische Bildungsarbeit im Stadtteil ist, angesprochen, angeschrieben werden und zwar mit der Aufforderung, ihre Namen, ein wenig Engagement und vielleicht auch Geld hinzusteuern. Denn das ist *wahrscheinlich* eine Voraussetzung, damit –je nach Konzept- so einen Laden überhaupt funktionieren kann.

C.) Darüber hinaus wollen wir die unmittelbare Nachbarschaft in den angrenzenden Stadtteilen (Raderberg – Zollstock- Südstadt) auf dieses Projekt hinweisen und sie einladen sich diesem Unterstützter/Träger-Verein anzuschließen und selber mit Verantwortung zu tragen. Es soll ein entsprechendes Flugblatt erstellt werden, daß zu einer Bürgerversammlung aufruft.

D) Es muß ein plausibles, finanzierbares und solides Konzept für den Betrieb des AWO-Häuschens erstellt werden, mit dem die Stadt Köln, bzw. das Liegenschaftsamt überzeugt werden kann. An einem Konzept haben wir auch schon gebastelt. Siehe unten. Grüße von Ottmar Lattorf



Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen

in der BV 2

Hauptstr. 85
50996 Köln

Frau Bezirksbürgermeisterin
Monika Roß-Belkner
Hauptstraße 85

Tel. 0221 / 221 – 92 309

50996 Köln

50667 Köln

14. August 2006

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Sitzung der Bezirksvertretung Stadtbezirk 2
am 04.09.2006

Erhalt des AWO-Häuschens an der Kierberger Straße in Raderberg

Liebe Frau Bezirksbürgermeisterin,
lieber Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen am 04.09.2006 zu setzen.

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, das in Kürze von der AWO entmietete Häuschen in der Kierberger Straße auch künftig als einen Ort für möglichst vielfältiges bürgerschaftliches Engagement zu erhalten.

Die Verwaltung wird gebeten, mit interessierten Bürgervereinen und -gruppen als potenzielle künftige Nutzer in Verbindung zu treten, mit ihnen ein Konzept (bevorzugt: öffentliche Begegnungsstätte) zu entwickeln und dieses der BV2 vorzulegen.

Begründung:

Die Nutzung des Objektes durch die AWO läuft laut Verwaltungsauskunft zum Jahresende aus. Das Gebäude selbst ist ein Glücksfall, vor allem für Raderberg und Zollstock, und könnte die für Vereine, BI's und Kulturschaffende extrem schlechte Raumsituation erheblich verbessern.

Uneins über das Awo-Häuschen

Die Politiker diskutierten, was mit dem Gebäude an der Kierberger Straße geschehen soll Ende des Jahres läuft der Mietvertrag des Häuschens aus. Eine FolgeLösung ist noch nicht gefunden.

VON ANNA-MARIA LIESE

Aus: KstA vom 14. September 2006

Raderberg - Das Awo-Häuschen an der Kierberger Straße wird bald schließen. Ende des Jahres läuft der Mietvertrag der Arbeiterwohlfahrt, die das Haus derzeit von der Stadt gepachtet hat, aus. Noch dient das Haus dem Stadtteil als Begegnungsstätte. Die Awo bietet hier älteren Menschen die Möglichkeit, sich zu treffen und auszutauschen, gibt das Angebot aber auf. Zum einen sei die Verkehrsanbindung hier schlecht, zum anderen wird die Awo-Seniorenbetreuung umstrukturiert. Was in Zukunft im Awo-Häuschen passieren wird, ist indes noch unklar, da ein Nachmieter noch nicht gefunden ist. Das soll sich allerdings bald ändern. Die Stadt hat bereits mit Vereinen gesprochen, die einen Raum suchen. "Momentan haben wir viele Besichtigungstermine", sagt Heinrich Ricken vom Liegenschaftsamt. Das Gebäude mache einen sehr guten Eindruck. "Es braucht nur ein paar Schönheitsreparaturen, einen Innenanstrich zum Beispiel. Ansonsten ist es in einem guten Zustand", sagt Ricken.

Weniger überzeugt vom baulichen Zustand zeigen sich die Fraktionen der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Bezirksvertreter Manfred Giesen hält eine größere Renovierung für notwendig. "Die Wände sind feucht, die müssen neu isoliert werden", sagt er. Und auch eine Überarbeitung der Dachkonstruktion sowie eine Erneuerung der sanitären Anlagen seien wichtig. Da sei die verwohnte

Inneneinrichtung noch das geringere Problem.

So weit sind sich die Fraktionen der Bezirksvertretung Rodenkirchen einig. Weniger Konsens herrscht allerdings über die Konsequenzen, die aus diesen Problemen zu ziehen sind. Die CDU sprach sich auf der jüngsten Sitzung dafür aus, das Häuschen einem Verein für eigene Zwecke zu überlassen. "Wir können froh sein, wenn da überhaupt jemand reingeht", befürchtet Bezirksvertreter Werner Tetzlaff von der CDU. Die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und KBB wünschen sich eine andere Lösung. Sie fordern die Stadt auf, das Häuschen als Bürgerbegegnungsstätte zu erhalten. "Wir wünschen uns, dass die Bürger des Bezirkes sich das Häuschen teilen. Dann könnten hier politische Diskussionen, Gedächtnistraining für Senioren oder Mütter-Kinder-Nachmittage stattfinden", sagt Manfred Giesen von den Grünen. Für ihn ist die Vermietung des Häuschens nur das Minimalziel. "Man könnte viel mehr Gutes damit tun - als es vielleicht nur einem Karnevalsverein zu überlassen", sagt er und plädiert dafür, dass Politik und Verwaltung zusammenfinden, um die Begegnungsstätte zu erhalten. Er selber kenne Interessengruppen, die bereit seien, in das Haus zu investieren. "Die Tapeten runterholen und streichen kann man auch selber."

Das Awo-Häuschen steht bald leer. Die Politiker wünschen sich einen neuen

Mieter, der das Gebäude den Bürgern wieder zur Verfügung stellt.

Hier also:

Ein Teil- Konzept für die Bewirtschaftung der ehemaligen AWO-Seniorenbegegnungsstätte Kierberger Str. 2 in Raderberg

Situation:

Der Stadtteil Raderberg hat kein eigentliches Zentrum. Zwischen einem grünen Gebiet -Raderberger Brache und Vorgebirgspark- und Großmarkt im Norden und Westen, auf der einen Seite und dem Stadtteil Bayenthal entlang der Bonner Str. stadtauswärts, grenzt der Stadtteil im Süden durch den Raderthalgürtel an Raderthal. Es gibt zwar ein Kombibad und einige Kneipen, in denen sich die Bürger früher zum „Klaaf“ trafen und die heute auch manchmal gut besucht sind. Aber es gibt keine wirkliche Einkaufsstraße und es gibt kein wirkliches Zentrum. Raderberg ist ein zerfränkter Stadtteil. Das attraktivste an Raderberg sind die angrenzenden Grünflächen, die auch von Bürgern anderer Stadteile stark frequentiert werden. Genau hier am Rande des Vorgebirgs Park und am Rande der unter Schutz - stehenden Raderberger Brache liegt das AWO-Häuschen.

Raderberg ist ein wenig aufregender, bürgerlicher Stadtteil, in dem vor 20 Jahren vorwiegend Beamten wohnten. Es gibt zwar eine Jugendeinrichtung in der Rheinstraße, aber diese wird von der vorwiegend deutschen Jugendlichen gemieden. Es gibt dort auch eine Nachbarschaftsinitiative aber es fehlt ein Gemeindehaus. Eine Bibliothek im benachbarten Zollstock ist bereits zu Beginn der Neunziger Jahre gegen den Wunsch der Bevölkerung geschlossen worden.

Unterschiedlichste Initiativen konnten hier in Raderberg keine Räume finden, ob es einheimische Künstler waren, die eine Auftrittsmöglichkeit suchten, ob es besorgte Eltern waren, die Nachhilfemöglichkeiten für ihre Sprösslinge einrichten wollten, ob es eine Vätergruppe war, die sich auch im Regen treffen wollen, ob es Teenager waren die Samstags – Abend mangels Geld nicht in die Disko konnten, ob es Bürgerinitiative waren, die ein Sommerfest veranstalten wollte. Ob es Friedensaktivisten waren, die ihre Redekreise in lauten, verrauchten Kneipen verlegen mußten.

Jede Gemeinde, jede zivile Gesellschaft, jede Demokratie **braucht ein die Menschen verbindendes Gemeinschaftsgefühl**. Ohne offene Treffpunkte, ohne Räumlichkeiten und ohne direkte Kommunikation zwischen den Menschen **lässt sich nichts gegen Passivität, Politikverdrossenheitverdrossenheit, soziale Isolation, Zukunftsängste und Geldnöte unternehmen. Eine solche vereinzelt anonyme Gemeinde** verarmt vor dem Fernseher und kann ihre Problem nicht adäquat lösen.

Weil für soziale Infrastrukturen immer weniger Gelder ausgegeben werden, taucht die Frage auf, wie man trotzdem kostengünstig notwendige soziale Einrichtungen betreiben kann.

Um die negativen sozialen Auswirkungen der oben erwähnten Entwicklungen und der Sparprogramme der letzten Jahre in unserem Stadtteil abzufedern zu können,

schlagen wir für die Bewirtschaftung des ehemaligen AWO- Häuschens ein Konzept vor, **das die eigenverantwortliche und ehrenamtliche soziale Arbeit zwar benötigt, aber auch gleichzeitig sinnvoll fördern kann.**

Wir schlagen hier ein solches Konzept vor, sind aber weiterhin offen für Ergänzungen, Kritik und Mitarbeit.

Das Konzept:

- 1.) **Es sollte ein regelmäßiger, offener und unkommerzieller Treffpunkt für die Jugendlichen und die Bürger der umliegenden Stadtteile eingerichtet werden.**

Herzstück eines solchen Treffpunkts wäre ein Gastronomiebetrieb. Es können für kleines Geld, Kaffee, verschiedene Tees, ein Mittagstisch, Kuchen und gutes Wasser angeboten werden. Und zwar je nach Wetterlage und Außentemperatur außen im Garten, im Hof und natürlich auch im Saal des Gebäudes.

Das Gebäude liegt zwar einerseits relativ abseits von viel befahrenen Straßen und es hat auch keine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, liegt aber andererseits in einem Park, -dem Vorgebirgspark- der sehr beliebt ist und sehr frequentiert wird. Daher kann man die große Zahl der Parkbesucher, -Jogger, - Fußballspieler, - Hundeführer- Spaziergänger, Naturfreunde- als potentielle Nutzer des Häuschens in Betracht ziehen.

- 2.) **Angebote für die Jugendlichen:** (Vorbemerkung: Im Stadtteil Raderberg gibt es wenig Möglichkeiten für die Jugendlichen sich zu treffen oder sich sinnvoll zu betätigen, Herumlungen auf der Straße und Vandalismus sind vielfach die Folge)- Das ehemalige AWO-Häuschen könnte unter anderem ein Treffpunkt für die Jugendlichen aus dem Stadtteil sein. Man könnte Nachhilfe und Nachbesprechungen des Schulunterrichts, Partymöglichkeiten und ein Bibliothek anbieten. Da die Kierberger Straße gesperrt ist und die Idee kursierte, ein Teil der Straße in eine Skateboard-Bahn zu verwandeln, wäre dies eine gute Kombination.
- 3.) **Angebote für die Bürger** (und evtl. auch den Jugendlichen): **es sollten ----Informations-Veranstaltung** zu grundsätzlichen und aktuellen Themen angeboten werden, wie z.B. der Heimatkunde, der Pflanzenkunde, der Stadtteilplanung, der Gesundheit und ähnliches. Auch regelmäßige **Filmveranstaltungen** können durchgeführt werden.
- 4.) **Wir können Beratungen** zu gewissen Themen, wie z.B. der Ernährung, bei Konflikten oder über Zahn- und Umweltgifte durchführen. Die Beratungen könnten mit einem Frühstück angeboten werden.
- 5.) **Man könnte eine kleine Stadtteil- Bibliothek** aufbauen, eventuell auch einen kleinen Buchladen. Darüber hinaus abonnieren sind manche Nachbar bereit abonierete Zeitschriften versch. Zeitschriften der Bibliothek zur Verfügung zu stellen. Wir haben Bibliothekare in unseren Reihen und wir hatten die Nachbarschaft aufgefordert weitere Bücher zu unserem bisherigen Bestand zu spenden. Dem Aufruf folgten viele Nachbarn, aber es fehlen allein die Räumlichkeiten.
- 6.) Es können regelmäßig **Folklore- Musik Veranstaltungen** und Tanz für Jung und Alt durchgeführt werden. Kontakte zu entsprechenden Künstler/innen sind da.
- 7.) Es können regelmäßig **Jahreszeitenfeste** und **Kunstaussstellungen** organisiert werden.
- 8.) Bei Bedarf könnte man einem Mittagstisch für alleinerziehende Mütter und Väter (**ein „Mütter-Cafe“**) einrichten. Anstatt das jede Alleinerziehende einzeln kocht, kann man für die Betroffenen ein gemeinsames, selbst - organisiertes Mittagessen ermöglichen. Währenddessen die Mütter oder Väter in Ruhe essen und aus ihrer relativen Isolation herauskommen, könnten die Kinder mit Aufsicht auf dem Gelände spielen. Man könnte sich abwechseln mit dem Zubereiten des Essens.
- 9.) In Köln gibt es seit längerem die „Talent –Skulptur“, eine sogenannte Tauschbörse, in der sich die Mitglieder bargeldlos Dienstleistungen und Waren des alltäglichen Bedarfs austauschen. Die Talent – Skulptur mit Kölnweit ca. 160 Mitgliedern sucht auch eine neue Bleibe bzw. nur einen Marktplatz zum Tauschen.

Zur Finanzierung:

Es besteht die Möglichkeit die Prinzipien der Tauschbörse, die in Köln „Talent-Skulptur“ genannt wird, zu übernehmen, bzw. selber Mitglied in der Tauschbörse zu werden. Das würde bedeuten, das die Nutzer des Häuschens alle Dienstleistungen auch mit einer eigenen anderen Währung bezahlen können. Man kann Mitglied des Tauschrings werden oder Mitglied des Unterstützer- Vereins für das Häuschen und wir würden die Währung der Talent Skulptur, „Talent“ genannt, übernehmen. Alle Dienstleistungen könnten dann auch bargeldlos mit sogenannten „Talenten“ bezahlt werden.

Man könnte das ehemalige AWO-Häuschen zur Anlaufstation für eine **Tauschbörse** machen. Das hätte den bedeutsamen pädagogischen Effekt, daß jeder potentiellen Nutzer, besonders die, die über wenig Geld verfügen, egal ob alt oder jung, dazu angeregt werden, sich über ihre potentiellen Fähigkeiten im klaren zu werden. Arbeitslose Jugendliche hätten einen Anreiz sich dieser Frage trotz Erwerbslosigkeit zu stellen. Ältere Menschen, die vielfach ihre Erwerbstätigkeit schon hinter sich haben, die aber noch nicht zum „alten Eisen“ gehören wollen, könnten ihre Qualitäten wieder sinnvoll einbringen. Man könnte gewährleisten, daß niemand

mangels Geld ausgeschlossen wird. Und es könnte ein Schritt sein zur Etablierung einer kleinen regionalen Wirtschaft sein. Zumindest könnte man durch sich selbst das Häuschen bewirtschaften. Klar ist, daß man auch Euros braucht, aber manche haben ja trotz zunehmender Armut auch noch Euros in der Tasche.

Alle Eintrittsgelder, Beratungsoboli oder Spenden könnten eben dann in Euro **und** mit „Talenten“ beglichen werden.

Der Vertrag der Stadt Köln mit Esch-Oppenheim wegen der neuen Messe-Halle war rechtswidrig!

WDR meldet am 5. Oktober 2006:

"Messehallen-Verträge rechtswidrig

Die Verträge zum Bau der Kölner Messehallen verstoßen nach einem Gutachten der Europäischen Kommission gegen geltendes EU-Vergaberecht. Das erfuhr der WDR aus Kommissions-Kreisen. Die Verträge mit dem Oppenheim-Esch-Fond sind demnach rechtswidrig, weil sie nicht europaweit ausgeschrieben wurden. Für die Bundesrepublik kann das Strafzahlungen in Millionenhöhe bedeuten. Nach Angaben des Vergaberechters Oliver Hattig muss die Stadt Köln damit rechnen, dass die Verträge wieder aufgelöst werden."

Hallo Leute,

angesichts der jüngsten Entwicklungen bezüglich des Messeskandals (EU-Gutachten zur Rechtswidrigkeit) und der sich entwickelnden Aufmerksamkeit in den Medien schlage ich vor, dass wir uns diesbezüglich noch einmal zu Wort melden.

Mit Flugblatt oder noch einer Veranstaltung. Dabei finde ich inhaltlich wichtig, den Spieß umzudrehen. Alle reden jetzt über Strafzahlungen, welche die Stadt zu leisten hat (z.B. Entschädigungen). Aber es muss genau anders rum laufen: die Anleger und Aktionäre von Oppenheim sind die Profiteure, die öffentliche Hand zahlt drauf. Das Kapital muss somit Entschädigungen bezahlen! Wir sollten natürlich nicht Schramma, Soenius und Co. aus der Verantwortung entlassen, aber sie sind letztlich nur Strohmänner (weil sie gekauft sind/aus Dummheit/aus neoliberaler Überzeugung oder einer Mischung von allem), aber deren Rücktritt werden bald evtl. viele verlangen, unsere Argumentation muss sich gegen die Anleger und Aktionäre richten.

Claus Ludwig

US Militär bereiten sich auf völkerrechtswidrigen Angriff auf den Iran vor: Die Massen Medien in Deutschland berichten nur ungenügend

In der Schweizer Genossenschaftszeitung „Zeit-Fragen“ (siehe auch www.zeit-fragen.ch) haben Dokumente veröffentlicht, die darauf hindeuten, daß die USA ihre Militärmaschinerie auf einen Angriff vorbereiten. Der Zeitung schreibt: „Wir machen unsere Leser auf diesen sorgfältig dokumentierten Überblick über den laufenden Flottenaufmarsch und den Einsatz von Koalitionstruppen im Nahen Osten aufmerksam....“ Sie zitieren neben den Dokumenten aus dem US-amerikanischen

Militär den renomierten Wirtschaftswissenschaftler Michel Choussudovsky, der die Sachlage folgendermaßen zusammenfasst:

„Die Struktur der militärischen Bündnisse ist entscheidend für ein Verständnis dieser Kriegsvorbereitungen.

Der Einsatz von Seestreitkräften findet auf zwei verschiedenen Schauplätzen statt: im Persischen Golf und im östlichen Mittelmeer. Sowohl Israel als auch die Nato sind dafür vorgesehen, in dem von den USA geführten Krieg eine Hauptrolle zu spielen. Die Militarisierung des östlichen Mittelmeers geschieht weitgehend unter der Zuständigkeit der Nato in Verbindung mit Israel. Sie ist gegen Syrien gerichtet und wird hinter der Fassade einer friedenserhaltenden UN-Mission gemäss Resolution 1701 des Sicherheitsrates durchgeführt. In diesem Zusammenhang muss der Krieg gegen Libanon als eine Etappe einer umfassenderen, von den USA geförderten militärischen «Road Map» betrachtet werden.

Die Kriegsflotte im Persischen Golf steht, mit Beteiligung von Kanada, weitgehend unter US-Befehl.

Der Aufmarsch der Seestreitkräfte ist mit den geplanten Luftangriffen abgestimmt. Die Planung der Bombenangriffe auf den Iran begann Mitte 2004, laut einer Formulierung von CONPLAN 8022 zu Beginn des Jahres 2004. Im Mai 2004 wurde die National Security Presidential Directive NSPD 35 mit dem Titel «Nuclear Weapons Deployment Authorization» (Ermächtigung zum Einsatz von Atomwaffen) erlassen. Obwohl ihr Inhalt geheimgehalten wird, besteht die Vermutung, dass NSPD 35 den taktischen Einsatz von Atomwaffen im Kriegsschauplatz des Nahen Ostens in Übereinstimmung mit CONPLAN 8022 betrifft.

Diese Kriegspläne müssen sehr ernst genommen werden.

Die Welt steht am Scheideweg der schwersten Krise der modernen Geschichte. Die USA haben ein militärisches Abenteuer in Angriff genommen, das die Zukunft der Menschheit bedroht.

In den kommenden Wochen ist es unbedingt notwendig, dass die Bürgerbewegungen auf der ganzen Welt ständig daran arbeiten, ihre jeweiligen Regierungen zu konfrontieren und diese militärischen Pläne rückgängig zu machen und zu demontieren.

Es ist notwendig, das Komplott des Schweigens zu durchbrechen, die Medienlügen und -verdrehungen aufzudecken sowie dem kriminellen Charakter der US-Regierung und derjenigen Regierungen, die sie unterstützen, entgegenzutreten. Dies betrifft sowohl die Kriegsagenda als auch die sogenannte «Homeland Security Agenda», in der sich (in den USA) bereits die Konturen eines Polizeistaates abzeichnen.

Es ist unbedingt notwendig, das Kriegsprojekt der USA zum Hauptthema der politischen Debatte zu machen; dies besonders in Nordamerika und Westeuropa. Politische und militärische Führer, die gegen den Krieg eingestellt sind, müssen in ihren jeweiligen Institutionen eine unerschütterliche Haltung einnehmen. Die Bürger müssen einzeln und alle zusammen eine Haltung gegen den Krieg einnehmen.

Quellen: Michael Choussudovsky,
www.globalresearch.ca 1. Oktober und
www.zeitfragen.ch vom 11. Oktober 2006

Öko-Neuigkeiten

1. Fliegen ist der Klimakiller Nummer 1.

Doch Kanzlerin Merkel weigert sich, eine gerechte Besteuerung einzuführen. Werden Sie aktiv: Schreiben Sie eine Protestmail oder einen Brief: Bundeskanzleramt, Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin <http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/inhalt.php?id=80>

2. Umweltsünder aufgelistet

Die Europäische Kommission hat ein Verzeichnis der Umweltverschmutzung aus Pkw, Flugzeugen, Schiffen, Heizkessel in Haushalten oder landwirtschaftlichen Kleinbetrieben veröffentlicht. <http://sonnenseite.kjm4.de/ref.php?id=b0ba45b328ms11>

3. Essen wir uns krank?

Billige Lebensmittel sind teuer. Glykol im Wein, Würmer im Fisch, BSE-Fleisch, Unkrautvernichter im Getreide, Hormone in der Wurst - und jetzt auch noch Fleisch im Verkauf, das älter als vier Jahre ist. Weil das noch nicht reicht, ist in deutschen Supermärkten genmanipulierter Reis aufgetaucht, der gar nicht verkauft werden darf.

<http://sonnenseite.kjm4.de/ref.php?id=b0ba45b292ms10>,

http://www.stern.de/wissenschaft/ernaehrung/570177.html?nv=nl_hp_rt

4. Mobilfunkindustrie

Mobilfunk-Strahlen schaden der Gesundheit. Zu diesem Schluss kommt die Mehrheit der wissenschaftlichen Untersuchungen. Trotzdem schafft es die Mobilfunkindustrie, Tausende neuer Antennen aufzustellen. Sie agiert an der Grenze der Legalität.

http://www.zeitpunkt.ch/aktuell_mobilfunkantennen.htm

5.) BAHN UNTERM HAMMER, Geschrieben von Leslie Franke Freitag, 18 August 2006

Der Börsengang der Deutschen Bahn steht vor der Tür, und in der Öffentlichkeit wird praktisch nur über die verschiedenen Varianten der Privatisierung gesprochen. Die Frage, ob solch ein Börsengang überhaupt nötig ist, wird kaum gestellt und ist vor allem in den deutschen Fernsehanstalten tabu. Daher hier ein Aufruf zur Beteiligung an der Finanzierung eines Filmes, der versucht, offen und ohne Tabus, die Hintergründe, Interessen und Ideologien des geplanten Börsengangs zu beleuchten.

Die Deutsche Bahn soll an die Börse gehen. Trotz erheblicher Bedenken von Fachpolitikern und Wirtschaftsspezialisten, die es als volkswirtschaftlich unsinnig beurteilen. Es ist eine rein politische Entscheidung, die vor Jahren getroffen und nicht wirklich hinterfragt wurde (>>> Hintergründe)

Die Deutsche Bahn hat aktuell einen Wert von ca. 130 Mrd. €. Knapp die Hälfte davon soll nun - mit oder ohne Schienentrasse - für maximal 8 Mrd. € an private „Investoren“ verkauft werden! 8 Mrd € nur zahlen die Privaten. Und können dann – egal, welches Modell der Privatisierung sich durchsetzt - Jahr für Jahr über 10-12 Mrd. € staatliche Bahn-Zuschüsse verfügen. (>>>Hintergründe)

Verstehen Sie das? Würden Sie ihr Haus verschleudern und dem Käufer dann eine satte Rente zahlen? Die Deutsche Bahn gehört auch Ihnen. Im Deutschen Fernsehen wird nicht einmal gefragt, wozu dieser Verkauf überhaupt nötig ist, wem das was bringt. Für die Regierung ist das eine beschlossene Sache. Wo bleibt da der Aufschrei in unseren Medien? (>>> Hintergründe)

Nach einer Privatisierung winkt die Zerstückelung des Bahnnetzes, ohne einheitliche Verbindungen, Tarife und Angebote. (>>> Hintergründe)
Städte und Regionen werden abgehängt: Private Anleger Konzentrieren sich auch lukrative Strecken. Der Rückzug der Bahn aus der Fläche und von den Bürgern, immer mehr benachteiligte Regionen werden von dem Netz abgehängt. (>>> Hintergründe)

Eisenbahnprivatisierung in England vor 12 Jahren. Eine nicht endende Kette schwerer Unfälle war die Folge. Landesweit abgestimmte Fahrpläne und Tarife sind seither Fehlanzeige!
Enorme Preiserhöhungen. Ist das unsere Zukunft? (>>> Hintergründe)

Unser Nachbarland Schweiz zeigt, wie es anders geht. Dort ist die Bahn öffentlich. Und man kommt mit ihr bis in die hintersten Winkel dieser bergigen Region. Die Schweizer nutzen ihre Bahn 6 mal häufiger als wir Deutsche. Und ausgerechnet in diesem gebirgigen Land kostet die Bahn den Steuerzahler am allerwenigsten in ganz Europa. Warum findet kein deutscher Fernsehsender im Moment den Mut, über dieses Beispiel zu berichten? (>>> Hintergründe)

Quelle: http://www.bahn-unterm-hammer.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1

Beitrittserklärung

g¹

Zum gemeinnützigen Verein

NaBiS – Natur, Bildung und Soziales,
Bürger informieren Bürger e. V.

Sitz: Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln,
Telefon 0221/ 34 11 82

Ich werde Mitglied.
(Mindestbeitrag 2 Euro /pro Monat)

Name: _____ -

Vorname: _____

Straße, Haus
Nr.: _____

Postleitzahl, Wohnort,
Stadtteil: _____

Telefon: _____

Elektro – Post-Adresse:

Eintrittsdatum: _____

Jährlicher Beitrag: _____
(Mindestbeitrag: 20 Euro,
Normalbeitrag: 50 Euro,
Förderbeitrag: 70 Euro / pro Jahr)

Bar gezahlt, am: _____

Überwiesen auf das Vereins-
Konto: _____

¹)bitte an Nabis e. V., c/o Ottmar Lattorf,
Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln schicken!

85 23 32 6 bei Stadtparkasse
Köln,

Bankleitzahl: 370 501 98, am:

Unterschrift

Ich will Förderer werden

NaBiS – Natur, Bildung und Soziales,
Bürger informieren Bürger e. V.

__ Einmalig

__ Regelmäßig

Mit einer Spende von
_____ Euro

auf das Vereins-Konto mit der Nr.

85 23 32 6 bei Stadtparkasse Köln,

Bankleitzahl: 370 501 98

Datum: _____

Unterschrift: _____

—

**

Macht einen Dauerauftrag!

(Wenn Sie uns eine Einzugsermächtigung über
ihren Betrag erteilen, sparen Sie Konto-Gebühren
und wir Verwaltungskosten. Sie Können
selbstverständlich jederzeit widerrufen. Alle
Beiträge und Spenden sind steuerrechtlich voll
absetzbar.)

Baum ab – nein Danke!